

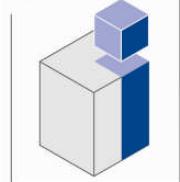
Bericht aus Brüssel 4/2012

Inhaltsverzeichnis

| TOP | Inhalt | Seite |
|-----|--|-------|
| 1. | <u>BINNENMARKT UND RECHT</u> | |
| 1.1 | Berufsanerkennungsrichtlinie | 2 |
| 1.2 | Kommission bereitet Aktionsplan für unternehmerische Initiative vor | 3 |
| 1.3 | Alternative Streitbeilegung in der EU | 3 |
| 1.4 | Intelligente Rechtsetzung in der EU | 4 |
| 2. | <u>NACHHALTIGKEIT</u> | |
| 2.1 | EU-Kommission legt Strategie für eine nachhaltige Bauwirtschaft vor | 4 |
| 3. | <u>STADTENTWICKLUNG/ KOHÄSIONSPOLITIK</u> | |
| 3.1 | Zypriotische Ratspräsidentschaft legt weiterhin Fokus auf territorialen Zusammenhalt | 5 |
| 4. | <u>FÖRDERPROGRAMME UND AUSSCHREIBUNGEN</u> | |
| 4.1 | EU-Kommission beschließt Ausweitung der EU-Initiative „Smart cities“ | 6 |
| 4.2 | Konsultation zur Zukunft des Programms „Intelligente Energie Europa“ | 6 |
| 5. | <u>KURZ NOTIERT</u> | 7 |
| 6. | <u>EINLADUNG EUROPASEMINAR /IN EIGENER SACHE</u> | 8 |
| 7. | <u>English Summary</u> | 9 |

BUNDESARCHITEKTENKAMMER

BUNDESINGENIEUR
KAMMER



Arch+Ing



VPB
Verband Privater Bauherren e.V.

1. BINNENMARKT UND RECHT

1.1 Aktueller Stand Berufsanerkennungsrichtlinie

Das Gesetzgebungsverfahren zur Novellierung der Berufsanerkennungsrichtlinie (BARL) nimmt im zweiten Halbjahr 2012 nochmals Fahrt auf. Zum Vorschlag der Europäischen Kommission hat die Berichterstatterin im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments, MdEP Vergnaud, am 16. Juli ihren Berichtsentwurf vorgelegt und zahlreiche Änderungsanträge gestellt. Der Berichtsentwurf bereitet die Position des Europäischen Parlaments zum Kommissionsvorschlag vor.

MEP Vergnaud greift in ihrem Bericht einige der zentralen Forderungen der Bundesarchitektenkammer und der Bundesingenieurkammer auf, die über das Büro Brüssel und teilweise den europäischen Dachverband der Architekten (Architects' Council of Europe - ACE) eingebracht worden waren.

- Berufspraxiszeit: Vergnaud betont die berufspraktische Ausrichtung der Praxiszeit, die im Anschluss an ein Examen zu absolvieren ist. Die Beaufsichtigung der Praxiszeit soll auch durch eine zu diesem Zweck akkreditierte Organisation, etwa die Länderkammern möglich sein und formell bestätigt werden. Auf Bezahlung soll es für die Anerkennung der Praxiszeit nicht ankommen. Stattdessen fordert die Berichterstatterin nun, dass die berufspraktische Zeit im Rahmen eines „Ausbildungsplans“ zu absolvieren sei. Der Forderung nach Festschreibung einer zweijährigen Praxiszeit ist die Berichterstatterin nicht nachgekommen. Sie hält insoweit am Kommissionsvorschlag fest, der für die Anerkennung der Berufsqualifikation von Architekten alternativ ein vierjähriges Hochschulstudium plus zweijährige Praxiszeit oder ein fünfjähriges Studium plus einjährige Praxiszeit vorsieht.
- Die Berichterstatterin begrüßt die Möglichkeit der Einführung von Berufsausweisen auf freiwilliger Basis. Sie fordert längere Prüfungsfristen für Behörden und eine Verkürzung der Geltungsdauer der Berufsausweise auf ein Jahr.
- Die Regelung zum partiellen Berufszugang sieht die Berichterstatterin ebenfalls kritisch. Statt einer kompletten Streichung der entsprechenden Regelungen spricht sie sich für die Möglichkeit der Mitgliedstaaten aus, bestimmte Berufsgruppen aus wichtigen Gründen von der Möglichkeit des partiellen Berufszugangs auszunehmen.
- Soweit es die Ausweitung der automatischen Anerkennung der Innenarchitekten, Landschaftsarchitekten, Stadtplaner sowie der Ingenieure betrifft, hat die Berichterstatterin die angeregte Bezugnahme auf die Qualifikationsniveaus des Artikels 11 statt den Europäischen Qualifikationsrahmens nicht aufgegriffen.

Das Büro Brüssel hat den BAK-Rechtsausschuss und die BIngK sowie BAIK über den Berichtsentwurf vorab informiert. Der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments wird voraussichtlich in der Sitzung vom 17.-19. September den Berichtsentwurf beraten. Das Büro Brüssel wird nun mit einzelnen Abgeordneten des IMCO-Ausschusses Gespräche führen, um weitere Abänderung des Kommissionsvorschlags zu erreichen. Die Frist für die Einreichung von Änderungsanträgen endet am 15. Oktober um 12.00 Uhr. ([AN](#))

Den Berichtsentwurf vom 16. Juli, der derzeit nur in franz. Sprache verfügbar ist, finden Sie [hier](#).

1.2 Kommission bereitet Aktionsplan für unternehmerische Initiative vor

Die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen ist seit Jahren zentrales Anliegen der Europäischen Kommission. Zur Vorbereitung eines „Aktionsplans für unternehmerische Initiative“ hat die Kommission eine online-Befragung der beteiligten Kreise (Konsultation) angestoßen. Bis zum 1. Oktober 2012 können sich die beteiligten Kreise dazu äußern, welche weiteren Maßnahmen zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen zur Verbesserung der unternehmerischen Rahmenbedingungen erforderlich sind. Die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen betreffen insbesondere die Verbesserung von Verwaltungsverfahren, mögliche Beratungs- und Fördermaßnahmen sowie den Zugang zu Finanzierung.

Die BAK und die BlngK werden sich an der Befragung voraussichtlich beteiligen. Das Büro Brüssel bereitet derzeit in Abstimmung mit dem BAK-Rechtsausschuss und dem Ausschuss Berufsrecht der BlngK die Beantwortung des Fragebogens vor. Hierbei soll auch aufgezeigt werden, wie in einzelnen EU-Regelungen die Bedürfnisse kleiner und mittlerer Unternehmen inhaltlich besser berücksichtigt werden können, beispielsweise im Rahmendes Vergaberechts durch Anhebung der Schwellenwerte. ([AN](#))

Zum online-Fragebogen der Konsultation gelangen Sie [hier](#).

1.3 Alternative Streitbeilegung in der EU

Mit Bericht vom Juli 2012 hat sich der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments (IMCO) zum Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission zur alternativen Streitbeilegung positioniert (vgl. Bericht aus Brüssel 1/2012).

Der Richtlinienvorschlag ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil er Regelungen für die außergerichtliche Streitbeilegung grenzüberschreitender und innerstaatlicher Streitigkeiten zwischen Verbrauchern und Unternehmen trifft, also auch für Streitigkeiten zwischen privatem Bauherrn und Architekt bzw. Ingenieur gilt. Auch die Architekten- und Ingenieurkammern der Länder sind als Schlichtungsstellen von den Regelungen des Richtlinienvorschlags betroffen.

Der Bericht des Binnenmarktausschusses betont das Ziel, den Verbrauchern europaweit kostengünstige Verfahren zur außergerichtlichen Streitbeilegung zur Verfügung zu stellen. Die BAK hat sich mit mehreren Stellungnahmen vor und nach Erstellung des Berichtsentwurfs durch den Berichterstatter Grech unter anderem für

- die Regelung der Kostendeckung der Verfahren,
- die Begrenzung der Informationspflichten der Architekten/ Ingenieure und
- die Beibehaltung des grundsätzlich von Freiwilligkeit der Parteien getragenen Charakters des Verfahrens der alternativen Streitbeilegung.

Den Forderungen zur Kostendeckung wurde zwar vom Berichterstatter entsprochen, die entsprechenden Änderungsvorschläge fanden jedoch keine Ausschusstmehrheit. Zu den weiteren Punkten greift der Bericht die Anregungen auf. Zusätzlich fordert der Bericht nun die Aufstellung von Qualitätskriterien und trifft umfassende Regelungen zur Sicherung der Unabhängigkeit der Streitbeilegungsstellen, die auch die Länderkammern bei der Bestellung der Mitglieder der Schlichtungsausschüsse betreffen können.

Im weiteren Gesetzgebungsverfahren wird das Europäische Parlament versuchen, mit dem Rat eine Einigung herbeizuführen. Das Büro Brüssel wird sich für die Einbringung der Positionen der BAK im Rat einsetzen. ([AN](#))

Die Stellungnahme vom 6. April und 16. Mai finden Sie [hier](#) und [hier](#).

Den Bericht des IMCO, derzeit nur in engl. Sprache verfügbar, finden Sie [hier](#).

1.4 **Intelligente Rechtsetzung in der EU**

Die Zielsetzung ist vielversprechend. Die Europäische Kommission will die Qualität der EU-Gesetzgebung verbessern. Auch dazu fragt sie im Rahmen einer Konsultation noch bis zum 21. September ab, mit welchen Maßnahmen dieses Ziel erreicht werden kann. Im Mittelpunkt des Interesses stehen folgende Fragekomplexe:

- Mit welchen Instrumenten kann die Qualität bestehender Rechtsvorschriften wirksam kontrolliert werden?
- Wie können Erfahrungen und Standpunkte der von der EU-Gesetzgebung Betroffenen im Gesetzgebungsprozess besser berücksichtigt werden?
- Wie kann die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Institutionen und den Mitgliedstaaten verbessert werden?

Insbesondere der zweite Fragekomplex richtet sich auch an die Länderkammern, da sie mit der Umsetzung und Anwendung von EU-Gesetzen mit Bezug zum Architekten- und Ingenieurrecht befasst sind ebenso wie an Architekten, Ingenieure und private Bauherren als konkret Betroffene bestimmter Regelungen.

Derzeit klärt das Büro Brüssel mit dem BAK-Rechtsausschuss und dem Ausschuss Berufsrecht der BingK ab, ob man sich an der Konsultation beteiligen werde. Der Verband privater Bauherren wurde ebenfalls vorab informiert. ([AN](#))

Zum Online-Fragebogen der Konsultation gelangen Sie [hier](#).

2. NACHHALTIGKEIT

2.1 **EU-Kommission legt Strategie für eine nachhaltige Bauwirtschaft vor**

Wieder legt die EU-Kommission den Fokus auf die – bereits jetzt schon stark EUregulierte – Bauwirtschaft und hat am 31. Juli die Strategie „Für eine nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit des Baugewerbes und seiner Unternehmen“ vorgestellt. Die Initiative wird von der EU-Kommission unter anderem mit der beträchtlichen Herausforderung bei der Etablierung von Niedrigstenergiehäuser sowie als konkrete Fortentwicklung der EU-Ziele im Bereich Klima-, Energie- und Umweltpolitik begründet. In den letzten Jahren wurden eine Reihe von Mitteilungen, Richtlinien- und Verordnungsvorschlägen sowie technische Spezifikationen innerhalb des nachhaltigen Bauens ausgearbeitet. Als Beispiele können die Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD), die Bauproduktenverordnung oder die kürzlich verabschiedete Energieeffizienzrichtlinie genannt werden. Konkret verfolgt die Strategie zunächst folgende Maßnahmen:

- Finanzielle Förderung von Gebäuderenovierungen und Infrastrukturerhaltung (Reparatur-, Instandhaltungs- und Renovierungsprogramme seitens der Mitgliedsstaaten)

- Verbesserung der Ressourceneffizienz und der Umweltverträglichkeit durch gegenseitige Anerkennung der Methoden zur Bewertung der Umweltleistung von Gebäuden
- Entwicklung einer EU-weiten Methodik zur Berechnung der Lebenszykluskosten für ein umweltgerechtes öffentliches Beschaffungswesen
- Bewertung und Prüfung der Initiative „BUILD UP Skills“, um gegebenenfalls den Anwendungsbereich auf weitere Kategorien von Bauberufen oder auf weitere Qualifikationen, an denen in den Bereichen Bau und nachhaltige Entwicklung ein Bedarf besteht, auszuweiten. Das Ziel dieser Europäischen Bauinitiative ist es, die notwendigen Informationen über die Arbeitskräfteanforderungen im Bausektor im Hinblick auf die Erreichung der Energie- und Klimaziele zur Verfügung zu stellen.

Ferner verfolgt die EU-Kommission mit dieser Mitteilung das erklärte Ziel, die wichtigsten Herausforderung zu beschreiben, mit denen das Baugewerbe bis zum Jahr 2020 im Zusammenhang mit Investitionen, Humankapital, Umweltbelange, Regulierung und Marktzugang konfrontiert werden wird.

Abschließend ist angedacht, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und den Branchenvertretern ein hochrangiges Forum einzurichten, das die Durchführung der Strategie beaufsichtigen und Empfehlungen über etwaige Neuausrichtungen aussprechen soll. Gleichzeitig werden Fachgremien und andere Gruppen unterschiedliche Ansätze für die Durchführung spezieller Initiativen erörtern und Möglichkeiten für Synergien aufzeigen.

Das Brüsseler Verbindungsbüro wird u. a. in Zusammenarbeit mit dem ACE die Strategie eng begleiten, um den fachspezifischen Interessen seitens der Planerschaft und der privaten Bauherren gegenüber der EU-Kommission darzulegen. ([TH](#))

3. STADTENTWICKLUNG/KOHÄSIONSPOLITIK

3.1 Zypriotische Ratspräsidentschaft legt weiterhin Fokus auf territorialen Zusammenhalt

Am 1. Juli hat Zypern die EU-Ratspräsidentschaft für die nächsten sechs Monate übernommen und bildet damit den Abschluss der von Polen, Dänemark und Zypern gemeinsam gebildeten 18-monatigen Triopräsidenschaft. Auch die zypriatische Ratspräsidentschaft steht im Zeichen der andauernden Wirtschaftskrise und deren Folgen. Vor diesem Hintergrund trägt das zypriotische Arbeitsprogramm den Titel „Für ein besseres Europa“ und zielt auf die Schaffung eines nachhaltigen, bürgernahen und solidarischen Europas, das den grundlegenden Werten der EU verpflichtet ist und ein integratives Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördert. Zudem steht der Mehrjährige Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 im Fokus der zypriotischen Präsidentschaft, die die Verhandlungen im Sinne einer auf nachhaltiges Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen ausgerichteten EU-Haushaltspolitik abschließen möchte. Entlang dieser Zielvorgaben konzentriert sich das Programm auf vier Prioritäten:

- Ein effizienteres und nachhaltigeres Europa
- Europa mit einer leistungsstärkeren und wachstumsorientierten Wirtschaft
- Ein bürgernahes Europa mit Solidarität und sozialem Zusammenhalt

- Europa in der Welt, seinen Nachbarn näher

Ein wichtiger Punkt im Ratsprogramm ist die inhaltliche und finanzielle Neuausrichtung der Kohäsionspolitik, die als Hauptförderpolitik der EU auf den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt hinwirken und die Unterschiede zwischen den Regionen abbauen soll. Vor dem Hintergrund der Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts sollen insbesondere die transeuropäischen Netze für Verkehr und Energie mit hoher Priorität vorangetrieben werden, wobei besonderes Augenmerk auf eine nachhaltige Entwicklung gelegt wird. Des Weiteren sind Schlussfolgerungen des Rates zur Mitteilung der EU-Kommission zur Strategie über Erneuerbare Energien geplant. In diesem Zusammenhang wird sich Zypern auch für ein grünes Wachstum durch die nachhaltige Bewirtschaftung der Ressourcen und für eine integrierte EU-Politik in den Bereichen Klima, Umwelt und Energie einsetzen. ([TH](#))

Das ausführliche Ratsprogramm finden Sie [hier...](#)

4. FÖRDERPROGRAMME UND AUSSCHREIBUNGEN

4.1 EU-Kommission beschließt Ausweitung der EU-Initiative „Smart cities and communities“

Am 10. Juli hat die EU-Kommission beschlossen, die im August letzten Jahres ins Leben gerufene EU-Initiative für intelligente Städte und Gemeinden, kurz SSC genannt, zu einer Innovationspartnerschaft auszubauen und die finanzielle Ausstattung deutlich zu erhöhen. Mit der Innovationspartnerschaft ist beabsichtigt, alle relevanten öffentlichen und privaten Akteure stärker zu vernetzen, um verschiedene intelligente städtische Technologien im Hinblick auf nachhaltige Lebensräume nutzbar zu machen. Das Programm soll ab dem nächsten Jahr neben dem Energie- und dem Verkehrsbereich auch Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) abdecken. Der dazu zur Verfügung gestellte Etat von bislang 81 Mio. € wird auf 365 Mio. € erhöht. ([TH](#))

4.2 Konsultation zur Zukunft des Programms „Intelligente Energie Europa“

Noch bis zum 15. September ruft die Europäische Kommission zu einer öffentlichen Konsultation auf, wie das Programm „Intelligente Energien Europa“ (IEE) am besten in das Forschungs- und Innovationsprogramm „Horizont 2020“ überführt werden kann. Das Programm stellt eine von insgesamt drei Säulen des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) dar. Im Zeitraum von 2007 - 2013 wurden mehr als 300 Maßnahmen mit über 700 Mio. € unterstützt. Die abschließende Evaluation von „Intelligente Energien Europa II“ im Jahre 2011 hat ergeben, dass das Programm relevant und nützlich ist und auf wechselnde Bedürfnisse im Zusammenhang mit erneuerbarer Energie antwortet. Hauptsächliche Ziele von „Intelligente Energien Europa“ sind:

- Verbesserung der Energieeffizienz und rationale Nutzung von Energiequellen,
- Förderung erneuerbarer Energiequellen und Diversifizierung der Energieversorgung
- Verbesserung der Energieeffizienz und Förderung der Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen im Verkehrswesen. ([TH](#))

Weitere Informationen finden Sie [hier...](#)

5. KURZ NOTIERT

- Die Europäische Kommission und der Ausschuss der Regionen laden in diesem Jahr bereits zum zehnten Mal zu den offenen Tagen der Städte und Regionen, kurz „Open Days“. Vom 8. bis 11. Oktober werden in Brüssel 108 Workshops zu dem Motto „Europas Regionen und Städte: Making a difference“ veranstaltet. In diesem Jahr werden vor allem folgende drei Aspekte der EU-Kohäsionspolitik näher beleuchtet:
 - Nachhaltiges und grünes Wachstum für alle: Wie kann die Kohäsionspolitik zu einem intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum beitragen?
 - Territoriale Zusammenarbeit - eine Chance für Europa: Wie kann die territoriale Zusammenarbeit als Instrument für die regionale Entwicklung und zur besseren Ausschöpfung der regionalen Potenziale genutzt werden?
 - Nachprüfbare Ergebnisse: Was sind die wichtigsten belegbaren Errungenschaften der EU-Kohäsionspolitik? ([TH](#))

Weitere Informationen und zur Anmeldung: [hier...](#)

- Vom 24. bis 26. April 2013 findet die internationale Konferenz sb13 munich zum Thema „Nachhaltigkeit umsetzen – Grenzen und Chancen“ (implementing sustainability - barriers and chances" in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften statt. Organisatoren sind die TU München, das Fraunhofer-Institut für Bauphysik und das KIT Karlsruhe. Themen der Konferenz sind u.a.:
 - Politik und Wirtschaft im Kontext der Energiewende
 - nachhaltiges, regionales Planen
 - Konzepte für Niedrigenergie und Plus-Energie Häuser
 - Methoden zur Planung nachhaltiger Gebäude (Lebenszyklus)
 - Neu Materialien und Technologien

Noch bis 15. Oktober können zu den oben genannten Themen fachliche Beiträge eingereicht werden. Die Unterlagen müssen in englischer Sprache eingereicht werden, da auch in Konferenz auf Englisch abgehalten wird. ([TH](#))

Weitere Informationen finden Sie [hier...](#)

- Am 11. und 12. Oktober lädt die Europäische Rechtsakademie (ERA) zur Jahrestagung zum europäischen Vergaberecht in Trier ein. Diese Tagung soll Rechtspraktikern einen Überblick über Entwicklungstendenzen bei der Modernisierung des Rechtsrahmens der EU für das öffentliche Auftragswesen vermitteln. Gleichzeitig sollen auch aktuelle Entwicklungen in Bezug auf eine Reihe konkreter Themen im Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Aufträge besprochen werden. Schwerpunktthemen sind u. a.:
 - Reform und Modernisierung des öffentlichen Auftragswesens der EU
 - Strategische Beschaffung und KMU
 - Elektronische Beschaffung
 - Grüne, soziale und nachhaltige Vergabepraxis
 - Öffentliche Auftragsvergabe und Redlichkeit ([TH](#))

Weitere Informationen und zur Anmeldung: [hier...](#)

- Vom 26. bis 28. September wird in Maastricht eine Veranstaltung des Europäischen Instituts für öffentliche Verwaltung (EIPA) zum europäischen Beschaffungswesen stattfinden. Das primäre Ziel dieses Seminars ist es, vorzustellen und zu erläutern die europäischen Regeln und Grundsätze für das öffentliche Beschaffungswesen in einer zugänglichen Weise und das Bewusstsein für professionelle Beschaffung Praktiken zu verbessern. Das Seminar wird auch einen interaktiven Workshop mit spezifischen Fällen. Am wichtigsten ist, wird das Seminar bieten eine hervorragende Plattform für die Teilnehmer zum Austausch von Erfahrungen und Anliegen im Umgang mit öffentlichen Beschaffungswesen. ([TH](#))

Weitere Informationen und zur Anmeldung: [hier...](#)

6. EINLADUNG EUROPASEMINAR/ IN EIGENER SACHE

6.1. Einladung zum Europaseminar 2012

Am 13. September 2012, findet in der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin von 14.00 bis 17.30 Uhr das Europaseminar der Bundesarchitektenkammer statt, zu dem wir recht herzlich einladen.

Unter dem Titel „**Für klare Regeln und mehr Wettbewerb(e)! – Aktuelle Entwicklungen im Vergaberecht**“ werden vor dem Hintergrund des laufenden EU-Gesetzgebungs-verfahrens aktuelle Fragen zum Vergaberecht behandelt. Im Fokus stehen die Wettbewerbs- und Innovationsförderung, die KMU-Förderung, die Berechnung der Schwellenwerte und die Berücksichtigung der Besonderheiten von Planungsleistungen als geistig-schöpferische Leistungen.

Aus dem für das Vergabewesen zuständigen Referat der Europäischen Kommission wird Frau Dr. Katharina Vierlich-Jürcke zu den Novellierungsvorschlägen der Europäischen Kommission berichten.

Herr Regierungsdirektor Dr. Thomas Solbach, stellt als zuständiger Leiter des Referats Öffentliche Aufträge die diesbezüglichen Erwartungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) dar.

Die Vorschläge zur Förderung von Innovation und Wettbewerb des Europäischen Dachverbands der Architekten (ACE) werden von den Vorsitzenden der Arbeitsgruppen zum Vergaberecht und Wettbewerbswesen, Georg Pendl (Präsident der Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten, Wien) und Thomas Maibaum (BAK), formuliert. In der anschließenden Diskussion können Fragen an die Referenten gerichtet sowie Empfehlungen und Erfahrungen ausgetauscht werden. ([AN](#))

Das Programm für das Europaseminar 2012 finden Sie [hier](#).

Da die Anzahl der Plätze für das Europaseminar begrenzt sind, bitten wir Sie, Ihre Teilnahme online zu bestätigen. Zum Anmeldeformular gelangen Sie [hier](#).

6.2 Neue Leiterin des EU-Verbindungsbüros Brüssel

Zum 13. August hat Frau Sandra Prpic ihre Stelle als neue Leiterin des EU-Verbindungsbüros Brüssel angetreten. Frau Prpic ist Volljuristin und hat im österreichischen Bundesministerium für Inneres langjährig europarechtlich und projektbezogen gearbeitet. Sie können Frau Prpic unter ihrer E-Mail-Adresse prpic@arch-ing.org kontaktieren.

7. EXECUTIVE SUMMARY (ENGLISH)

1. Common Market and Legal Issues

1.1 Professional Qualifications Directive – state of play

On 16 July 2012 the rapporteur in the Internal Market Committee of the European Parliament, MEP Vergnaud, presented her draft report. The rapporteur has taken up some of the points of the Federal Chamber of German Architects and the Federal Chamber of German Engineers, which were raised by the Brussels office as well as the Architects' Council of Europe (ACE) with regard to

- term traineeship in Art. 46 (3) ("traineeship for the practical training awarding professional qualification"; remunerated or not; after exam; supervision either by natural person or organism; however not fixing an obligation for a two-years-traineeship (alternatively 4+2 oder 5 +1)).
- professional card (longer testing periods for the competent authorities; shortened term of validity of professional card (one year))
- partial access (no complete deletion of the relevant provisions, Member States should be able to exclude certain professions from partial access for important reasons, eg. the protection of health and life).
- extension of system of automatic recognition on interior designers, landscape architects, urban planners and engineers (rapporteur has not addressed the reference to the qualification levels of Article 11)

The Internal Market Committee of the European Parliament is expected to consider the draft report in the meeting of 17 to 19 September 2012. The deadline for submitting a proposal is 15 October 2012 / 12:00 h.

1.2 European Commission prepares action plan for entrepreneurship

To prepare an "Action Plan for Entrepreneurship" the European Commission has launched an online survey of stakeholders (consultation). Until 1st of October 2012 stakeholders are asked to comment on what further action is needed to improve the business environment for small and medium sized enterprises. The European Commission proposes measures concerning *inter alia* the improvement of administrative procedures, consulting measures and access to finance.

1.3 Alternative Dispute Resolution in the EU

On 10 July 2012 the Internal Market Committee (IMCO) of the European Parliament agreed on a common position concerning the proposal of the European Commission on alternative dispute resolution (see report from Brussels, 1/2012). The proposal of the Commission is of particular importance because its rules are affecting the existing rules concerning dispute resolution in the member states in cases of cross-border disputes as well as domestic disputes between consumers and traders.

The report of the IMCO emphasizes the objective of providing cost-effective methods of dispute resolution throughout Europe. This aim should be achieved by a minimum harmonization of the regulations of the Member States allowing the member states to maintain well-functioning dispute settlement systems. The Federal Chamber of German Architects has pronounced multiple observations concerning *inter alia* cost recovery, the limitation of information requirements for the

architects/ engineers and the maintenance of the voluntary nature of alternative dispute resolution procedures.

1.4 Consultation on smart regulation

The European Commission wants to improve the quality of EU legislation. To find out what measures should be taken, the European Commission has launched an online-consultation (until 21st September 2012). The European Commission focuses on the following questions:

- What are the tools, which guarantee an effective control of existing legislation?
- How could the experiences and views of stakeholders better taken into account within the legislative process?
- How could the cooperation between the European institutions and the Member States be improved?

2. Energy and Environment

Low energy buildings with high CO2 and energy cost saving potential still have a limited market uptake, despite their economic and environmental advantages. Construction comprises of more than 10% of total employment in the EU. Therefore, to promote the construction sector as a driving force in the creation of jobs and for sustained growth for the economy in general, the European Commission tabled on July 31st a strategy to boost the sector. Its main elements include stimulating favourable investment conditions, in particular in the renovation and maintenance of buildings. For example, encouraging the take up of the package of up to €120 billion in loans available from the European Investment Bank (EIB) as part of June's Pact for Growth and Employment. Secondly, boosting innovation and improving worker's qualifications by promoting mobility. Thirdly, improving resource efficiency by promoting mutual recognition of sustainable construction systems in the EU. Fourthly, providing standard design codes of practice to construction companies making it easier for them to work in other Member States. Finally, fostering the global position of European construction enterprises to stimulate good performance and sustainable construction standards in third countries.

3. Cohesion policy

Cyprus, during its Presidency (July 1st until December 31st), will work Towards a Better Europe; meaning a more effective Europe, contributing to sustainable growth and job creation through efficient and integrated policies; a Europe working on the basis of social cohesion and underlying principle of solidarity, committing itself to a better future. All efforts will be directed to bequeath a better Europe to the younger generations. The Cyprus Presidency will deal with important priorities on the EU agenda, such as the Multiannual Financial Framework for the period 2014-2020. The Multiannual Financial Framework is an opportunity to agree on a budget that will contribute to growth and, thus, more jobs in the Union, promote integrated policies, sustainable development and increase the EU's competitiveness.

4. In short

- 4.1. The BAK "Europe seminar" will be held on 13 September 2012, from 14h00 to 17h30 at the Representation of the European Commission in Berlin. Topic of this event will be the current state of play of the public procurement on the European level. The programme could be found [here](#).

4.2 New Head of the EU Liaison Office Brussels

On 13 August Sandra Prpic took up her position as the new Head of the EU Liaison Office Brussels. Ms Prpic is a qualified lawyer and has worked project-based in the Austrian Federal Ministry of the Interior for many years on subjects related to European law. You can contact the new Head of the EU Liaison Office Brussels via e-mail (prpic@arch-ing.org).

Stand: 31.08.2012

Redaktion / Verantwortlich:

Alexandra Nicklas (AN)

Thomas Michael Haas (TH)